

Beratung	Datum	Behandlung	Ziel
Bau- und Vergabeausschuss	27.01.2022	öffentlich	Bericht

**Betreff:**  
**Effektive CO2-Reduktionsstrategien und Entkarbonisierung**

**Anlagen:**  
Bericht

Antrag Bündnis90\_DIE\_GRÜNEN\_vom\_28.07.2021\_und\_Antwortschreiben Ref.VI  
Erhebungen\_des\_Bayerischen\_Kaminkehrerhandwerks\_2018  
Erhebungen\_des\_Bayerischen\_Kaminkehrerhandwerks\_2019  
Erhebungen\_des\_Bayerischen\_Kaminkehrerhandwerks\_2020

**Bericht:**

Auf Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN soll die Bauordnungsbehörde als das zuständige Aufsichtsorgan für das Schornstefegerwesen über die Veränderungen innerhalb der vergangenen 3 Jahre bei allen Anlagen ab 50 KW (zumeist Mehrfamilienhäuser) in Nürnberger Immobilien (städtisch und privat), die mit fossilen Brennstoffen betrieben werden berichten, eine stadtteilbezogene Übersicht hierzu erstellen und die Genehmigungen prüfen, wenn vorhandene Anlagen in städtischen Immobilien über 50 KW, die bereits ans Fernwärmenetz oder andere nachhaltige Anlagen angeschlossen sind, auf fossile Brennstoffe umgestellt werden.

Seit 2008 sind Anlagen der technischen Gebäudeausrüstung (also auch Feuerstätten) grundsätzlich verfahrensfrei, d.h. sie benötigen keine Baugenehmigung mehr. Die Bauordnungsbehörde verfügt über keine eigenen Informationen über den vorhandenen Bestand, Leistung oder Art der verwendeten Brennstoffe von Feuerstätten.

Auf den ausführlichen Bericht wird verwiesen.

**1. Finanzielle Auswirkungen:**

- Noch offen, ob finanzielle Auswirkungen

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

(→ weiter bei 2.)

- Nein (→ weiter bei 2.)

- Ja

Kosten noch nicht bekannt

Kosten bekannt

<b><u>Gesamtkosten</u></b>	€	<b><u>Folgekosten</u></b>	€ pro Jahr
		<input type="checkbox"/> dauerhaft	<input type="checkbox"/> nur für einen begrenzten Zeitraum
davon investiv	€	davon Sachkosten	€ pro Jahr
davon konsumtiv	€	davon Personalkosten	€ pro Jahr

**Stehen Haushaltsmittel/Verpflichtungsermächtigungen ausreichend zur Verfügung?**  
 (mit Ref. I/II / Stk - entsprechend der vereinbarten Haushaltsregelungen - abgestimmt, ansonsten Ref. I/II / Stk in Kenntnis gesetzt)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**2a. Auswirkungen auf den Stellenplan:**

- Nein (→ weiter bei 3.)
- Ja
  - Deckung im Rahmen des bestehenden Stellenplans
  - Auswirkungen auf den Stellenplan im Umfang von \_\_\_\_\_ Vollkraftstellen (Einbringung und Prüfung im Rahmen des Stellenschaffungsverfahrens)
  - Siehe gesonderte Darstellung im Sachverhalt

**2b. Abstimmung mit DIP ist erfolgt** (Nur bei Auswirkungen auf den Stellenplan auszufüllen)

- Ja
- Nein

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**3. Diversity-Relevanz:**

- Nein
- Ja

Kurze Begründung durch den anmeldenden Geschäftsbereich:

**4. Abstimmung mit weiteren Geschäftsbereichen / Dienststellen:**

**RA** (verpflichtend bei Satzungen und Verordnungen)

**Ref.III/ UwA**

